

Sehr geehrte Frau Werhahn-Adenauer, lieber Hans-Gert Pöttering, lieber Wolfgang Schäuble, liebe Frau Weck, lieber Heinz Schwarz, ich habe noch viele andere gesehen, die ich eigentlich gar nicht alle nennen kann, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich freue mich sehr, dass die Adenauer-Stiftung diesen Kongress organisiert hat und dass Sie alle so zahlreich gekommen sind.

Ich muss mich entschuldigen, dass ich so spät hier eingetroffen bin. Ich kam aus Köln, also aus Berlin und dann aus Köln und überall war Stau und hier in Bonn pulsiert das Leben so, dass der Verkehr steht. Das hat dazu geführt, dass ich in der Bornheimer Straße für wenige 100 m fast eine Stunde gebraucht habe. Jetzt freue ich mich aber, dass ich hier bin. Der Trostpreis für Sie alle, wenn Sie schon warten mussten, ist: Es mag heute Abend irgendwo in der Republik Plätze geben, wo wichtigere Minister sprechen als der Kanzleramtsminister. Das liegt in der Natur der Sache, aber eines kann ich Ihnen versichern, heute steht vor Ihnen der gewichtigste Minister der dieser Bundesregierung angehört und ich bin gerne zu Ihnen gekommen. Der Kollege Gabriel macht mir übrigens ab und an meinen Rang streitig, er versucht es zumindest. Aber ich halte ihn auf Abstand und er hat überhaupt gar keine Chance. So.

Ich bin sehr gerne hierhergekommen. Und zwar aus zwei Gründen wesentlich. Das eine ist: Hier in diesem Plenarsaal habe ich, lieber Hans-Gert, lieber Wolfgang, meine ersten Schritte als Parlamentarier gemacht. Hier waren Andreas Kautzsch, Armin Laschet, Norbert Röttgen, Friedbert Pflüger, die sogenannten jungen Wilden, hier haben wir die aus unserer Sicht etablierten Politiker geärgert. Hier haben wir bis morgens um 2 Uhr in der Früh diskutiert und gerungen um Positionen. Und ich sage Ihnen eines: Ich glaube zwar, dass die Entscheidung für Berlin logisch und in letzter Konsequenz auch richtig war, aber ich persönlich bin froh und dankbar, dass ich meine ersten politischen Schritte in der Bonner Republik und hier in Bonn machen dürfen. Das hat mich für mein Leben geprägt und das werde ich in meiner politischen Laufbahn auch nie wieder vergessen.

Und das Zweite, was ich ansprechen will, ist die Konrad-Adenauer-Stiftung. Lieber Hans-Gert Pöttering, ich habe manchmal geflucht, wenn ich der Konrad-Adenauer-Stiftung mal wieder leichtfertig eine Zusage gegeben habe für einen Termin irgendwo und anschließend war es überall zu eng und hat gezwackt und gezwickt, aber es ist gut, dass wir die Adenauer-Stiftung haben.

Ich kenne keine politische Stiftung in Deutschland, die ein so intensives Netzwerk gestrickt hat von der internationalen Bühne, wo wir in Ländern rund um den Globus präsent sind, auch dort, wo es richtig schwierig ist und wo manchmal die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stiftung vieles aushalten müssen bis hin zu den Kommunen, den Landkreisen, den Städten, wo wir Kommunalpolitiker in die Lage versetzen, ihre Aufgaben zu erfüllen und selbstverständlich auch zu dem Thema Europa, dem Du verbunden bist, dem ich verbunden bin und dem vor allen Dingen Konrad Adenauer verbunden war.

Und deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe auf dem Weg hierher auch mal nachgedacht über die Frage „Was unterscheidet eigentlich unsere großen Politiker Otto von Bismarck und Konrad Adenauer voneinander?“. Ich habe mich mit beiden im Laufe meines Lebens intensiv beschäftigt. Beide sind eindrucksvolle Persönlichkeiten, wie sie nur alle Jahrzehnte oder vielleicht Jahrhunderte gibt. Aber ich glaube, es gibt einen wesentlichen Unterschied: Otto von Bismarck hat ein wunderbares, ein prachtvolles Deutschland geschaffen. Wir sind heute noch in einem Land, das auf den Schultern von Otto von Bismarck steht, vom Amt des Bundeskanzlers angefangen über das BGB und das HGB, das Strafgesetzbuch, unsere föderale Ordnung, die Ministerpräsidentenkonferenzen. All das ist von Otto von Bismarck angeregt worden und seine Staatsschöpfung hat sich übrigens über alle Krisen und Kriege hinweg behauptet, weil es diejenige Staatsschöpfung war, die den Menschen in Deutschland am nächsten kam.

Aber: Otto von Bismarck hat ein Werk hinterlassen und keine Gebrauchsanweisung für dieses Werk. Und als dann die Nachfolger kamen, die Epigonen. Als die die Hohenlohe-, Schillings-Fürst und die Bülow und Bethmann Hollwegs, also Reichskanzler, da standen, hatten sie dieses wunderbare Werk, aber keinen Kompass für die Zukunft.

Und wenn ich auf Konrad Adenauer blicke, dann hat er trotz seiner langen Kanzlerschaft von 14 Jahren, es nicht mehr erlebt, dass seine Visionen, seine Ziele umgesetzt worden sind. Aber Konrad Adenauer hat uns etwas hinterlassen, was mindestens so wertvoll ist und vielleicht noch wertvoller als das, was uns Otto von Bismarck hinterlassen hat, er hat uns Werte hinterlassen, er hat uns Prinzipien hinterlassen, er hat uns einen Kompass hinterlassen.

Er hat die Gleise gelegt, auf denen die deutsche Politik seit nunmehr 70 Jahren sich bewegt. Mit manchen Irrungen und Wirrungen - selbstverständlich -, aber wir machen heute noch in der Europapolitik, in der Westintegration, mit der sozialen Marktwirtschaft genau die Politik, die Konrad Adenauer vor 60, vor 70 Jahren als richtig und notwendig für dieses Land anerkannt hat.

Und lassen Sie mich einen Punkt sagen zu dem Thema Europa: Konrad Adenauer war damals - und er war noch im Kaiserreich geboren, er war aufgewachsen im Kaiserreich, er hat die Weimarer Republik erlebt, damals hat niemand über Europa gesprochen in der großen Politik. Damals gab es

keine Europäer. Es gab nationale Politiker und genau dieses Fehlen der europäischen Idee hat dazu geführt, dass wir zwei Mal das Glück und die Jugend unseres Landes, den Reichtum der Menschen und ihre Zukunft sprichwörtlich verpulvert haben - im 1. und im 2. Weltkrieg.

Und Konrad Adenauer hat die erste große neue Erfindung gemacht zusammen mit Robert Schumann und anderen und das war das Prinzip der Freundschaft mit Frankreich und die europäische Integration.

Und meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn wir manchmal diskutieren vor Ort, in den Ortsverbänden, in den Kreisverbänden, in der Bundestagsfraktion und anderswo und dann bestreite ich nicht, dass man auch viel Kritik an diesem Europa äußern kann, weil nicht alles so funktioniert, wie wir es eigentlich gerne hätten und wie wir es bräuchten und manchmal kommt Europa zu spät und manchmal erfüllt es die Erwartungen nicht. Und obwohl dies so ist, sage ich Ihnen aus meiner Beschäftigung mit 200 Jahren deutscher Geschichte: Die europäische Integration ist in den letzten 200 Jahren das Beste, was unseren europäischen Völkern jemals passiert ist und deshalb müssen wir sie verteidigen und müssen daran festhalten.

Wie gefährdet ist unsere Demokratie? Ich kann mich erinnern, als ich Jugendlicher war, Student in der Jungen Union, hat Helmut Kohl als Oppositionsführer nicht in diesem Plenarsaal, sondern in dem alten Plenarsaal, wo man die letzten Sitze heute im deutschen ..., im Museum ..., im Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland bewundern kann, eine Rede gehalten und der Titel dieser Rede war „Bonn ist nicht Weimar“. Und das war damals eine Behauptung, die manchem als kühn erschien, weil, wenn wir uns überlegen, wie das war nach dem Krieg, Konrad Adenauer hat die Schienen und die Gleise gelegt, aber es gab auch viele, die damit nicht einverstanden waren.

Es gab viele, die aufgewachsen waren in der Zeit des 3. Reiches und die der Auffassung waren, so schlecht war doch eigentlich gar nicht alles, was damals geschehen war. Das waren Menschen, die waren damals in den 50igern, in den 60igern, vitale Menschen. Und dann gab es nach der 68er Studentenrevolte, nach der Außerparlamentarischen Opposition, der APO, gab es dann plötzlich eine Bewegung von jungen Menschen, die durchaus in vielen Fällen auch Idealisten waren, die aber im Überschwang der Gefühle da nicht nur antiamerikanisch agiert haben, sondern auch die freiheitlich demokratische Grundordnung dieses Landes und das, was wir erobert und was wir erreicht und geschaffen und erobert hatten, in einem mühsamen Prozess wieder in Frage gestellt haben.

Damals gab es viele, die diese Werteordnung bekämpft haben. Damals gab es den Terror der Rote Armee Fraktion, Baader-Meinhof, und es waren nicht nur einige Terroristen, es waren viele, die das sympathisch fanden, was dort gemacht worden ist und es gab ganz, ganz viele die gesagt haben, wir brauchen eine andere Gesellschaftsordnung, wir brauchen ein Stamokap-System und wir brauchen eine Vergemeinschaftung der Produktionsgüter, wir brauchen eine Räterepublik. Wir haben das alles vergessen. In dem Jahrzehnt zwischen 1975 und 1985 war diese Republik schon einmal in einer schwierigen Situation.

Und damals kann ich mich erinnern, als wir den Jahrestag „40 Jahre Bundeswehr“ begangen hatten im Hofgarten mit Roman Herzog als Bundespräsident, Helmut Kohl als Bundeskanzler und Volker Rühe als Bundesverteidigungsminister, da standen wir, die Abgeordneten, mit der Bundeswehr dicht an dicht gedrängt und hinter uns war eine Nebelwand von Molotov-Cocktails und von Randalierern mit Sprechchören, die genau dieses Event zum Scheitern bringen wollten.

Wir haben damals, und das ist im Rückblick betrachtet ein kleines Wunder, wir haben damals nicht nachgegeben. Wir haben damals diese Republik verteidigt. Wir haben damals darauf bestanden, dass Menschen, die in den öffentlichen Dienst eintreten, eine Erklärung abgeben, wo sie diese freiheitlich-demokratische Grundordnung akzeptieren. Wir sind für die Demokratie eingestanden. Wir haben Gegendemonstrationen organisiert und wir haben gewonnen.

Wenn Sie sich heute anschauen, die jungen Leute von heute, die akzeptieren dieses Land. Die akzeptieren diese Demokratie bei allen Problemen, auf die ich noch komme. Und deshalb, lieber Heinz Schwarz, Du warst damals Innenminister in Rheinland-Pfalz, Du warst im Deutschen Bundestag, ich muss sagen, wenn wir damals als CDU/CSU nicht den Mumm und den Mut gehabt hätten, die Fahne hochzuhalten und zu unseren demokratischen pluralistischen Werten zu stehen, ich weiß nicht, ob alle anderen diese Kraft gehabt hätten. Und deshalb können wir auch stolz darauf sein, dass die Voraussage von Helmut Kohl, „Bonn ist nicht Weimar“, in Erfüllung gegangen ist und dass wir heute in der am bestfunktionierenden Demokratie leben, die wir in Deutschland jemals hatten.

Und dann, meine Damen und Herren, wenn wir uns anschauen, haben wir selbstverständlich auch in Deutschland Fragezeichen und auch Diskussions- und Reformbedarf, das ist richtig, aber das, was unsere Menschen verunsichert, ist vor allen Dingen, wenn sie den Blick richten über die eigenen Grenzen hinweg. Im Koalitionsvertrag 2013 ausgehandelt, noch unter meinem Vorgänger, Ronald Pofalla, gemeinsam mit der Bundeskanzlerin und allen Beteiligten, wenn Sie dort hinschauen, dort finden Sie kein Wort über den Bürgerkrieg in der Ukraine. Dort finden Sie kein Wort über die Flüchtlingssituation kommend aus Syrien. Dort finden Sie kein Wort über den Populismus, der

unseren Freunden und Nachbarn in Frankreich, in den Niederlanden und, lieber Wolfgang, auch in Österreich zu schaffen macht. Das alles sind Phänomene, die entstanden sind über die letzten zwei, drei Jahre und mit denen wir uns auseinandersetzen müssen.

Die Menschen haben das Gefühl, dass es ihnen einerseits heute so gut geht wie kaum je in der Deutschen Geschichte und andererseits haben sie die Sorge, dass all dies bedroht sein könnte, weil es nicht für immer und für ewig gewährleistet ist und weil sie eben auch die Sorge haben, dass wir einen Kontrollverlust erleiden, weil es um Ereignisse geht, die auf globaler Ebene sich vollziehen.

Und auch die amerikanischen Wahlen haben bei vielen Menschen Sorgen ausgelöst. Weniger die Frage, wer gewonnen und wer verloren hat. In der Demokratie gibt es immer einen Sieger und demokratische Wahlen sollten wir akzeptieren. Aber die Art und Weise, wie dieser Wahlkampf geführt worden ist, auf verschiedenen Seiten, und der Hass und die Intoleranz, die dabei zum Ausdruck gekommen ist, das alles hat viele bei uns verschreckt. Und es hat uns deutlich gemacht, dass wir immer wieder die Frage stellen müssen, wie gefährdet ist unsere Demokratie und vor allen Dingen, was können wir tun, um diese Demokratie zu stärken.

Ich glaube, dass wir uns von vielen der Länder, die ich genannt habe, unterscheiden, und zwar in drei wesentlichen Punkten. Der erste Punkt ist: Wir haben in Deutschland nach dem 2. Weltkrieg, und auch das war eine der vorausschauenden Entscheidungen Konrad Adenauers, wir haben darauf gesetzt, dass eine Mittelschicht entsteht. Eine Mittelschicht aus Handwerkern, aus Facharbeitern, aus normalen Bürgerinnen und Bürgern, von denen einige früher vielleicht zum unteren Segment der Oberschicht gehört hätten und andere zum oberen Segment der Unterschicht. Aber es gibt viele Länder um uns herum, wo es eben eine solche Mittelschicht nicht gibt und diese Mittelschicht, die gekennzeichnet ist dadurch, dass man über Eigentum verfügt oder sich Eigentum erarbeiten kann, über einen bescheidenen Wohlstand, dass man vor allen Dingen imstande ist, den eigenen Kindern eine ausreichende Bildung zu vermitteln und ihnen das Rüstzeug mitzugeben, was sie für ein erfolgreiches Leben brauchen. Diese Mittelschicht ist in Deutschland so breit und so stark wie kaum irgendwo anders in Europa oder in der Welt.

Und das ist etwas, was unser Land stabilisiert. Und da müssen wir uns allerdings auch die Frage stellen, was wir denn tun können, um diese Mittelschicht zu stabilisieren. Wenn ich mir anschau beispielsweise, wie schwer es heute ist für junge Leute Wohneigentum zu erwerben. Wenn ich mir anschau, dass aus verschiedenen Gründen, weil die Anforderungen an die energetische Gebäudeausstattung - ökologisch völlig zurecht - höher werden, weil die Grunderwerbssteuern vieler Orts gestiegen sind, weil die Kommunen kein Geld hatten, weil wir Vorschriften erlassen haben, die das Bauen teurer machen. Und wenn ich mir dann anschau, dass es heute Familien gibt, wo die Eltern vielleicht noch Wohneigentum hatten und dann, wenn sie zwei oder drei Kinder erzogen haben und zu einem ordentlichen Beruf verholpen haben, feststellen müssen, dass irgendwann das Häuschen verkauft wird, weil keines der Kinder imstande ist, die anderen Kinder auszubezahlen und dafür zu sorgen, dass dieses Eigentum übergeht.

Ich bin, wenn wir unser Land stabilisieren wollen, wenn wir dafür sorgen wollen, dass diese Mittelschicht weiter ihre segensreichen Wirkungen entfaltet, dann müssen wir auch darüber nachdenken, was wir gegen die Abstiegsängste, gegen die Versagensängste, die es bei diesen Menschen gibt, wirksam tun können.

Und wir haben ja damit begonnen. Als ich noch in Brüssel EU-Beamter war, im Bereich, das ist freizügigkeitsspezifische Sozialrecht, habe ich mir die Haare gerauft. Weil die deutsche Pflegeversicherung nicht ..., da hatte ich noch welche ..., weil die deutsche Pflegeversicherung, die damals von Norbert Blüm gegen viel Widerstand durchgesetzt worden ist, gemeinsam mit Helmut Kohl in manchen Punkten nicht so ganz europarechtskompatibel war. Aber das war ein kleiner Punkt.

Der entscheidende Punkt war, dass in der Erkenntnis, dass wir heute ganz andere Familienstrukturen haben als vor 50 Jahren und dass nicht jeder, der älter und dann auch irgendwann kränker wird, von der eigenen Familie gepflegt werden kann und dass es manchmal notwendig ist, dass vielleicht dann die Schwiegertochter oder der Sohn die berufliche Tätigkeit unterbricht, um die Eltern oder Schwiegereltern zu pflegen, haben wir gesagt okay, wenn jemand dann irgendwo Pflege benötigt oder er muss stationär in einer Einrichtung gepflegt werden, dann soll es nicht dazu führen, dass das mühsam erworbene Häuschen, der mühsam erworbene Besitz innerhalb von zwei oder drei Jahren wie Sand durch die Finger rinnt, nur weil die Eltern am Ende ihres Lebens diese Pflege bedurft haben. Und damit haben wir einen ersten wichtigen Schritt getan.

Ich könnte mir vorstellen, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich rede jetzt als ehemaliger Stipendiat der Adenauer-Stiftung und nicht als Kanzleramtsminister, das heißt, ich habe die freie Rede für mich und bin nicht der Bundesfinanzminister und auch nicht die Koalitionsverhandlungen, aber ich könnte mir vorstellen, wenn wir es schaffen würden, diesen jungen Menschen das Angebot zu machen und zu sagen, wir bieten euch ein Paket und jede durchschnittliche Familie - Vater, Mutter, zwei Kinder -, die sich das leisten wollen und bereit sind, dafür zu arbeiten, sollen die Chance haben

im Laufe ihres Lebens, eigengenutztes Wohneigentum zu erwerben. Ich bin mir überzeugt, gerade in einer Zeit, wo die Zinsen so niedrig sind, würde das zu einer großen Veränderung führen.

Zweiter Punkt: In dieser Mittelschicht ist nicht nur die Frage, dass man Vermögen hat und Bildung hat, sondern wir haben in Deutschland etwas, was uns ebenfalls von manchen anderen Ländern unterscheidet. In Österreich gibt es das auch. Das ist nämlich das große Maß an ehrenamtlichem Engagement. Wenn Sie in andere Länder der Welt schauen, dann haben sie oftmals die Bedeutung der Großfamilie, die noch viel stärker ist als bei uns. Dort gibt es Großfamilien in Syrien beispielsweise oder im Irak mit Cousins und Neffen und Nichten, die viele hundert Personen umfassen. Aber sie haben in diesen Ländern dann die Großfamilien und dann kommt der Staat und dazwischen ist wenig. Und wir haben in Deutschland, weil wir aufgrund unserer schwierigen Geschichte solange brauchten, bis wir einen eigenen Staat auf die Beine gestellt haben, nämlich über 1.000 Jahre, bis 1871. In dieser Zeit haben die Menschen, dem der Fürst zu weit weg war und der Bürgermeister vor Ort nicht mächtig genug um sie zu schätzen und zu bewahren, zur Eigeninitiative gegriffen. Wir haben Schützenvereine, die 500 Jahre alt sind. Ich habe in Düsseldorf neulich eine Rede gehalten zum 500jährigen Bestehen. Diese Schützenvereine sind entstanden als Vereine, die zunächst einmal die eigene Stadt beschützt haben mit ihren Waffen und mit ihrem Einsatz und dann sehr schnell aber auch karitatives Engagement für die Gemeinschaft auf ihre Fahnen geschrieben haben und damit einen Raum geschaffen haben, wo Identität entstehen kann, wo Menschen aus allen Schichten, Arbeitnehmer, Mittelständler und andere zusammenkommen und über einen Zweck gemeinsam dann zueinander finden.

Dann kamen die Feuerwehren, die genauso alt sind wie die Schützenvereine und dann irgendwann kam das Rote Kreuz, das THW, die Sportvereine, die politischen Parteien und viele andere mehr. Im Saarland, wo ich herkomme, da gab es noch vor 20 Jahren Ortschaften, die hatten mehr Vereinsmitglieder als Einwohner, weil jeder erwachsene Bürger in mindestens fünf oder sechs Vereinen Mitglied war. Im Bergmannsverein, im Hüttenarbeiterverein, im Taubenzuchtverein, im Fußballverein, im Turnverein, im Männergesangsverein, im Kirchenchor, als Messdiener, in der katholischen Jugend und wo auch immer.

Und dieser große Schatz des ehrenamtlichen Engagement ist etwas, was wir nicht einfach wegwerfen dürfen. Wir haben es uns über viele Jahrhunderte erarbeitet. Und ich meine, wir müssen es für die Zukunft bewahren. Ich weiß, dass viele Vereine und Verbände große Nachwuchssorgen haben. Und ich weiß, dass viele von ihnen sich die Frage stellen, wie lange können wir unsere Strukturen noch aufrechterhalten, wenn der Jüngste bei uns gerade eben pensioniert worden ist.

Aber meine sehr verehrten Damen und Herren, die jungen Menschen von heute sind bereit, sich zu engagieren, wenn man nur auf sie zugeht. Die Musikvereine, die haben einen großen Zulauf. In fast jeder Gemeinde, in fast jeder Stadt gibt es einen florierenden Musikverein. Es gibt auch andere Formen des gemeinsamen Engagements. Wir müssen nur den Mut haben, es auf staatlicher Weise und staatlicherseits zu fördern.

Und dann ein konkretes Beispiel: Ich war beim Deutschen Feuerwehrtag vor einigen Wochen, habe ein Grußwort gehalten, und in der Vorbereitung ist mir gesagt worden, im Wahlkreis des Ministers Altmaier - ich wusste davon nichts - hat sich Folgendes zutragen: Ein syrischer Flüchtling, Anfang 40, mit einer eigenen Familie, die aber noch nicht hierhergekommen ist, der früher ein kleiner selbstständiger Händler war, der hat sich in seinem Aufenthalt erst mal selber Deutsch beigebracht und als er Deutsch konnte, ging er zur örtlichen Feuerwehr und hat gefragt, ob er bei der Feuerwehr mitmachen darf. Und die haben gesagt na klar kannst du mitmachen und inzwischen gibt es Hunderte von Feuerwehrleuten, die aus dem Bereich der Flüchtlinge sich gemeldet haben, die sagen wir machen mit. Es gibt Feuerwehren, die auf diese Leute zugehen und es ist die beste Sozialisation.

Ich bin überzeugt davon, ein junger Mensch, egal ob es ein Flüchtling ist oder jemand mit Migrationshintergrund oder jemand, dessen Eltern und Voreltern immer schon hier in Bonn oder in Kessenich oder in Beuel gewohnt und gelebt haben, wenn er ab seinem 14., 15. Lebensjahr sich in einem Verein betätigt, wenn er lernt, für die Allgemeinheit zu arbeiten und dass es noch mehr gibt als nur den ganzen Abend vor dem Fernseher zu sitzen und dann ab und zu in der Woche in die Disko zu gehen, wenn wir den jungen Menschen dieses Engagement ermöglichen, dann werden sie anschließend im Beruf, in der Familie überall erfolgreicher sein und wir stabilisieren unsere eigene Staats- und Gesellschaftsordnung damit auch.

Und der dritte Punkt ist, was uns unterscheidet - leider - von manchen anderen Ländern in der Welt, es geht uns gut. Es geht uns gut und zwar nicht nur in materieller Hinsicht, sondern auch, wenn Sie sich anschauen die Lebensqualität in diesem Land, die Qualität der Umwelt, die öffentliche Infrastruktur, das Bildungswesen, das Gesundheitswesen, was wir aus unseren Städten gemacht haben, wo wir alte Gebäude restauriert haben, wo wir es uns leisten können Orte zu schaffen, wo man weggehen kann, wo man Freude haben kann. Das alles hat sich in den letzten Jahren trotz großer Fragezeichen in den 90er Jahren zum Positiven entwickelt.

Als ich hier auf diesen Bänken saß als junger Abgeordneter, da haben uns Wirtschaftswissenschaftler erklärt, die guten Jahre in Deutschland sind vorbei. Sie werden es nicht schaffen, in der Globalisierung Fuß zu fassen, sondern sie müssen damit rechnen, dass sie nach jeder Wirtschaftskrise eine Sockelarbeitslosigkeit haben, die 1 Mio. höher ist als zuvor. Sie müssen die Arbeit gerechter verteilen, am besten mit vollem Lohnausgleich.

So und damals schien es sogar zu sein, dass es so stimmt. Die erste Million Arbeitsloser 1974 - Willy Brandt. Die zweite Million 1982 - Helmut Schmidt. Die dritte Million dann nach der deutschen Einheit. Die vierte Million zur Jahrtausendwende und die fünfte Million Anfang 2005, als Gerhard Schröder Neuwahlen ausgerufen hat. Und es schien so weiterzugehen. Es gab so etwas wie eine German-Angst, eine deutsche Angst, wo die Leute sagten, wir haben kein Vertrauen in die Zukunft. Die Chinesen arbeiten für 20 Pfennige die Stunde und in Indien und in Vietnam ist es nicht besser, da haben wir doch gar keine Chance, da können wir nicht mitmachen.

Und dann haben wir uns auf die Hinterbeine gesetzt und diese Diskussionen sind auch hier geführt worden mit Wolfgang Schäuble und mit Helmut Kohl und mit Theo Waigel und mit den jungen Abgeordneten, mit Friedrich Merz und mit vielen anderen, über die Frage, was muss denn in Deutschland geschehen, damit wir wieder Anschluss finden an diese Entwicklung. Das war nicht einfach.

Mein Gegenkandidat war damals im Saarland der Ottmar Schreiner. Vielleicht kennt der eine oder andere ihn noch. Das war ein Sozialdemokrat wie aus dem Bilderbuch geschnitzt und er war vor allen Dingen der Auffassung, dass man immer fest druff gegen die Besitzenden und immer zugunsten der Armen und Entrechteten. Ich habe auch ein großes Herz für die Armen und Entrechteten. Aber Ende muss doch die Wirtschaft florieren und brummen, damit wir das erwirtschaften in der sozialen Marktwirtschaft, was wir brauchen, um den Armen und den Schwachen zu helfen.

Ja, und wenn ich das noch hinzufügen darf meine Damen und Herren, das ist mir ganz wichtig, weil mich die wirtschaftspolitischen Diskussionen immer interessiert haben und weil ich glaube, dass sie für uns das A und das O sind.

Ich habe festgestellt, dass alle Diskussionen über die Frage „brauchen wir Wirtschaftswachstum und können wir nicht auch mit weniger auskommen, können wir nicht auch ein Negativwachstum verkraften, müssen wir uns vielleicht einschränken?“, alle diese Diskussionen sind wunderschön, haben mit der Realität aber nichts zu tun. Ich kenne kein Land weltweit, wo es den Menschen gut geht, wo die sozialen Sicherungssysteme stabil sind, wo es der Umwelt gut geht, ohne dass es Wirtschaftswachstum gibt. Wir brauchen Wirtschaftswachstum auch in der Zukunft, wenn wir dieses Land in seiner Stabilität erhalten wollen. Und deshalb muss die Politik auch den Mut haben, sich zu Wachstum zu bekennen und zu Unternehmertum zu bekennen und junge Menschen, die sich selbstständig machen, die Arbeitsplätze schaffen, nicht als Kapitalisten zu diskreditieren, sondern ihnen auf die Schulter zu klopfen und zu sagen jawohl, das macht ihr im Eigeninteresse, aber es ist auch ein Beitrag zum Gemeinwohl, wenn ihr Arbeitsplätze für andere Menschen schafft und dafür sorgt, dass Steuereinnahmen fließen und Sozialabgaben bezahlt werden.

So und damals haben wir uns auf die Hinterbeine gestellt. Wir haben Reformen durchgeführt, die nicht einfach waren. Ottmar Schreiner, das war das, was ich erzählen wollte, mit dem habe ich 98 im Wahlkampf vor 1.000 Rentnerinnen und Rentnern diskutiert und dann hat er aufgezählt, was alles an Grausamkeiten die Regierung Kohl, Schäuble gemacht hatte und dann sagte er, der Kohl ist ein Lügner und Betrüger und der muss abgewählt werden. Und ich habe erklärt, dass die Reformen doch wichtig sind, damit es uns wieder gut geht. Ich hatte keine Chance, Ottmar Schreiner bekam Standing Ovations und mir hat man einigermaßen persönlichen Respekt entgegengebracht, das war es aber auch. Stimmen gewonnen habe ich an dem Abend keine.

Und dann, als Gerhard Schröder die Agenda 2010 gemacht hat, 2003, das waren dann fünf Jahre später und er die gleichen Reformen gemacht hat oder ganz ähnliche Reformen wie Helmut Kohl und Schäuble sie vorher gemacht hatten, hatten wir wieder in der Stadthalle in Villingen diese Veranstaltung. Es waren keine 1.000 Rentnerinnen und Rentner mehr, sondern es waren vielleicht noch 500 oder 400 und dann habe ich gesagt, siehste Ottmar, der Helmut Kohl hatte doch Recht, denn das, was der damals wollte, hatte Gerhard Schröder jetzt umgesetzt. Und da hat der Ottmar Schreiner gesagt „der Schröder ist ein Lügner und Betrüger, der bestraft die kleinen Leute“ und dann hat er den Beifall wieder für sich gehabt und ich konnte wieder abziehen.

Aber meine sehr verehrten Damen und Herren, heute haben die Menschen in Deutschland gespürt, dass diese Reformen gewirkt haben. Sie haben erkannt, dass wir Globalisierung können und sie haben, sie haben jedenfalls, was die Arbeitsmöglichkeiten angeht, heute einen viel besseren Grund optimistisch in die Zukunft zu schauen als jemals zuvor in den letzten 40 Jahren.

Wir haben die Arbeitslosigkeit um 2,5 Millionen gesenkt in 10 Jahren Bundesregierung und wir haben dafür gesorgt, dass die jungen Menschen wieder Ausbildungsplätze haben. Die Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland ist die niedrigste in ganz Europa. Und das war nicht alles nur unser Verdienst, das war

vor allen Dingen das Verdienst derer, die Arbeits- und Ausbildungsplätze geschaffen haben. Aber ich sage Ihnen: Ohne eine Regierung, die diese Themen ernst nimmt und um jeden einzelnen Arbeitsplatz und jeder einzelnen Investition kämpft, wäre es auch nicht gelungen und deshalb bin ich auch ein kleinbisschen stolz darauf, dass wir diesen Turnaround in den letzten 10 Jahren geschafft haben.

Und dann, meine Damen und Herren, wenn wir uns dann umschaun, dort wo es nicht so gut, dort wo die Arbeitslosigkeit 40% beträgt in vielen europäischen Nachbarländern, ganz zu schweigen von den Ländern des Mittleren und Nahen Ostens, müssen wir uns doch die Frage stellen, nicht nur, was müssen wir bei uns zu Hause tun, sondern was müssen wir tun, damit es in diesen Ländern nicht dazu kommt, dass die Demokratie diskreditiert wird. Dass autoritäre und totalitäre Regime wieder an die Macht kommen, dass die Menschen irgendwann das Vertrauen in die Zukunft verlieren.

Und wenn wir ehrlich sind, diese große Flüchtlingsbewegung war doch auch eine Abstimmung der Menschen darüber, wie miserabel, schlecht die Lebensbedingungen im Mittleren und Nahen Osten waren. Vier Jahre Bürgerkrieg in der Türkei. Von 22 Mio. Einwohnern die Hälfte auf der Flucht. Von diesen Menschen, die auf der Flucht waren Millionen in der Türkei, im Libanon, in Jordanien ohne Arbeitserlaubnis, ohne soziale Absicherung, ohne Schulbildung für die Kinder.

Wir führen heute keine Flüchtlingsdebatte, aber ich sage Ihnen, wenn eine solche Entwicklung sich dann vollzieht und die Menschen zu Hunderttausenden von der Türkei nach Griechenland kommen und von dort in viele europäische Länder und die allermeisten auch zu uns nach Deutschland, dann kann ein Land von der Größe Deutschlands, von der Lage Deutschlands mitten in Europa, vieles tun. Aber wir können nicht einfach die Rollläden herunterlassen, die Tür abschließen, die Klingel abstellen, uns ins Bett legen, die Bettdecke über den Kopf ziehen und warten, bis andere das Problem für uns gelöst haben. Wir müssen uns schon selber auch unserer humanitären und geostrategischen Verantwortung stellen.

Und ich meine, so wie wir jetzt dafür gesorgt haben, dass die Versorgung der Flüchtlinge mit Lebensmitteln wieder auf das alte Niveau angehoben worden ist, wie wir erreicht haben, dass 900.000 schulpflichtige Kinder in türkischer oder arabischer Sprache ab diesem Herbst wieder Schulunterricht haben, wie wir erreicht haben, dass Millionen von Flüchtlingen eine legale Arbeitserlaubnis bekommen haben, das alles haben wir in weniger als einem Jahr auf die Beine gestellt. Aber es ist eben nicht nur etwas, was sich bezieht auf die Flüchtlingssituation, sondern ich meine, wir müssen weltweit für Demokratie, Freiheit und Menschenrechte werben. Viel intensiver, als wir es getan haben. Ich weiß, die Adenauer-Stiftung tut es. Und auch andere Stiftungen tun es. Aber es ist nichts, was Stiftungen alleine können. Wir müssen, so wie damals Peter Struck gesagt hat über die Bundeswehr, „die deutsche Freiheit wird am Hindukusch mit verteidigt“, so sage ich: Unsere Zukunft, hier in Deutschland, mit unserem demokratischen System, hängt auch davon ab, dass die Demokratie weltweit Wurzeln schlägt und sich ausbreitet und deshalb haben wir ein Interesse daran, mit den heutigen technischen Möglichkeiten, über Internet, über neue Medien und auch ganz persönlich vor Ort diejenigen zu unterstützen, die für Demokratie kämpfen und sich für Demokratie einsetzen.

Und dann, meine sehr verehrten Damen und Herren, müssen wir uns auch die Frage stellen, was wir denn bei uns im eigenen Land tun müssen. Viele sagen, wir müssen die Menschen, die sich abgehängt fühlen, die vergessen worden sind von der Modernisierung und von der Globalisierung, diesen Menschen müssen wir Angebote machen. Ja, ich bin da sehr dafür. Allerdings bin ich der Auffassung, dass die Angebote nicht nur darin bestehen können, dass man den Menschen sagt, wir bieten euch ein Rundum-Sorglos-Paket von Alimentation und sorgen dafür, dass es dir, auch wenn du keine Arbeit hast, so gut geht, als wenn du Arbeit hättest.

Und es kann auch nicht sein, dass wir Kompromisse machen bei unseren Werten und bei unserer Rechtsordnung. Ich habe schon vor über einem Jahr mit einem, zufällig getroffen beim Baumarkt im Saarland, mit einem Rentner, der weit über 80 war, diskutiert. Der sagte, wissen Sie Herr Altmaier, ich wohne in einer ehemaligen Stahl- und Bergarbeitergemeinde. Die jungen Leute sind alle weggezogen und haben sich sonst wo Häuser gebaut. Zurückgeblieben sind die Älteren und diejenigen, die keine Häuser bauen können, weil sie von Hartz IV, im System der sozialen Sicherung zum Teil in der zweiten und dritten Generation leben. Und es gibt bei uns, sagt er, es gibt bei uns inzwischen nur noch geschlossene Geschäfte, aber die Scheiben werden eingeworfen von diesen marodierenden Jugendlichen, die schießen mit Luftgewehren auf Leute, um sie zu verängstigen, nicht um sie zu verletzen und sie beschmierern die Wände der Kirchen, der protestantischen und der katholischen Kirche mit irgendwelchen Parolen, die keinen Sinn ergeben, aber einfach nur unmöglich aussehen.

Und da sage ich Ihnen bei allem Verständnis und ich habe sehr viel Verständnis, auch für diese jungen Leute, die zum Teil die Kinder sind von Russland-Deutschen und Spätaussiedlern, die es nicht geschafft haben in der Schule, zum Teil die Kinder von Gastarbeitern aus der zweiten und dritten Generation, die es nicht geschafft haben und zum Teil auch die Kinder von ganz normalen deutschen

Eltern, die es ebenfalls nicht geschafft haben und die dann gemeinsam versuchen auf sich aufmerksam zu machen, um auf ihre Situation hinzuweisen.

Und da müssen wir uns dieser Frage stellen, aber ich sage genauso sehr, es wäre der falsche Weg, diesen Leuten zu sagen, ist ja alles nicht so schlimm was ihr macht. Wir müssen darauf bestehen, dass Recht und Gesetz und Ordnung überall eingehalten werden und dass die Bürger uns auch glauben, dass wir das genauso durchsetzen in dem kleinen Ort im Saarland, wo dieser ältere Herr hergekommen ist, oder in Wanne-Eickel oder in Duisburg, wie wir es durchsetzen in Berlin, dort wo Politiker unterwegs sind und in anderen, in München und in anderen großen Städten. Wir müssen dafür sorgen, dass Recht und Gesetz und Ordnung Geltung haben.

Und dann, meine sehr verehrten Damen und Herren, müssen wir diesen Menschen Bildung geben. Bildung ist der entscheidende Punkt für alles und es gilt für diejenigen, die als Zuwanderer zu uns kommen, die als Flüchtlinge zu uns kommen und es gilt für die, die hier schon immer leben. Und das ist keine einfache Herausforderung. Wir haben die Ausgaben für Bildung und Forschung im Bundeshaushalt in der Regierungszeit der Bundeskanzlerin verdoppelt. Wir haben sie verdoppelt, aber das war auch notwendig. Weil wir heute ganz andere Anforderungen an Bildung haben wie noch vor 20 oder 30 Jahren.

Ich war in einem Werk von Thyssen-Krupp, wo man Werkzeugmaschinen macht für den Automobilbauer. Dort sind junge Menschen rumgelaufen - 24, 25 Jahre alt - mit 3D-Brillen auf dem Kopf, wo sie ihre Aufgaben heute in der Hälfte der Zeit und doppelt so gut erledigen können, weil sie die modernsten Mittel der Technik und der Digitalisierung für sich in Anspruch nehmen können. Und vielen von den jungen Menschen macht es Freude und die allermeisten können es auch. Aber wir müssen sie heranführen, wir müssen ihnen die Möglichkeiten geben, das zu tun.

Wir hatten, als wir vor einigen Jahren die Diskussion hatten, dass auf manchen Berliner Schulhöfen nicht mehr Deutsch gesprochen wird, dass es Klassen gibt mit 80% Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund, dass auch hier im Ruhrgebiet bei uns und in großen Städten im Westen es Menschen gibt, die einfach nicht mehr mitkommen, haben wir gesagt, wir müssen darauf reagieren, indem wir sagen, lasst uns eine frühkindliche Sprachförderung machen. Denn es ist doch ganz entscheidend, wenn ich in der Schule mitkommen will, dass ich dann die Sprache der Schule, nämlich die deutsche Sprache verstehe, damit ich dem Unterricht folgen kann. Und dann haben wir für Kinder deutscher Eltern, wo es notwendig war, und auch für Kinder mit Migrationshintergrund, wo es notwendig war, viel Geld investiert für diese frühkindliche Sprachförderung. Und wir haben dort, wo Problemklassen waren, den Lehrerschlüssel erhöht.

Und heute? Wenn Sie heute in Berlin in Neukölln oder in Moabit in eine Schule gehen, dann ist längst noch nicht alles so, wie es sein soll und nicht alles gelöst, aber die Kinder sprechen heute auf dem Schulhof Deutsch, ganz ohne Zwang und im Unterricht Deutsch und es wächst etwas zusammen, was unsere deutsche Identität betrifft und was die Stabilität dieses Landes dringend braucht.

Und dann müssen wir die Politische Bildung fördern. Ich habe zu Hause ein kleines Heft, das habe ich begonnen zu führen 1974, als ich mein erstes Seminar in der Karl-Arnold- Bildungsstätte in der Venner Straße in Bad Godesberg belegt habe, da habe ich alle Seminare eingetragen, an denen ich in meiner Jugend- und Schülerzeit teilgenommen habe. Das waren über 100. Wo wir diskutiert haben bis in die Puppen, bis morgens in die frühen Morgenstunden über Fragen von Demokratie, von Extremismus, von Marktwirtschaft, von Entwicklungspolitik, von Umweltschutz, von vielen anderen Themen, die man heute gar nicht mehr alle erinnern kann, NATO-Nachrüstung, Verteidigung, Innenpolitik. Und diese ganzen Debatten und Diskussionen haben in meiner Generation jedenfalls dazu geführt, dass wir ein Verständnis für dieses politische System und für die Art und Weise, wie dieses politische System regiert wird, entwickelt haben.

Ich habe manchmal den Eindruck, lieber Hans-Gert Pöttering, dass wir heute immer noch sehr viel Politische Bildung machen, aber das gerade die diejenigen, die dann irgendwann auch in die Verantwortung hineinwachsen in den politischen Jugendorganisationen und in den politischen Parteien, vielleicht heute weniger in den Genuss kommen, weil wir mit Bundesrechnungshöfen und anderen zu tun haben, die sagen, bestimmte Dinge gehen heute gar nicht mehr die früher selbstverständlich waren. Ich plädiere dafür, dass wir die Politische Bildung in Deutschland ganz anders fördern, als wir dies in den letzten beiden Dekaden getan haben. Ich weiß, es wird viel Geld ausgegeben, aber wenn den jungen Menschen niemand erklärt, was dieses Land im Innersten zusammenhält, was die Werte sind und was die Prinzipien sind, dann dürfen wir uns nicht wundern, wenn sie anschließend apolitisch und gleichgültig werden und deshalb lassen Sie uns dazu beitragen, dass diese jungen Menschen etwas über die Demokratie und über die Staatsordnung in Deutschland lernen.

Und da möchte ich auch an Sie alle appellieren. Wissen Sie, früher war es so, dass Sozialisation stattgefunden hat in der Bundeswehr. Wir haben aber keine Wehrpflichten. Früher war es so, dass Sozialisation stattgefunden hat in der großen Familie oder wenn irgendwo ein Lehrer war oder

irgendwo ein Handwerker war, der den jungen Leuten dann erklärt hat, wo der Hase langläuft und wie man Tacheles redet. Heute sind die großen Familien seltener geworden und die Wehrpflicht ist abgeschafft, was ich in der Sache übrigens auch durchaus nachvollziehen kann. Deshalb kommt der Schule eine viel größere Bedeutung zu. Die Leute verbringen heute vielmehr Zeit in den Kindertagesstätten, sie verbringen mehr Zeit bei der Nachmittags- und Hausaufgabenbetreuung, sie verbringen mehr Zeit in der Schule und deshalb müssen wir uns auch darüber unterhalten, wie wir es sicherstellen können, dass über die Lehrpläne und über die Betreuung dann auch diese Themen vermittelt werden und Sie alle, wie Sie hier sitzen, wie Sie Enkelkinder haben, Urenkelkinder haben und Kinder haben, ich frage mich, warum wir unseren Patenkindern zu Weihnachten Geld schenken - das wird immer gerne genommen - oder auch viele andere schöne Sachen. Ich habe letzts jemanden so eine kleine selbstfliegende Drohne geschenkt, die ich im Kaufhaus gesehen hatte. Auch das ist immer sehr erfolgreich. Aber ich frage mich manchmal, ob wir nicht ab und zu auch mal ein Zeitungsabonnement verschenken sollten.

Ich glaube nämlich ..., ich bin jemand, der im Internet gerne surft und beziehe viele meiner Informationen in Rekordzeit auch aus dem Internet und das ist nicht mehr wegzudenken und das ist auch nicht nur negativ. Aber: Es ist ein Unterschied, ob ich im Internet eine bestimmte Information zielgerichtet suche, weil sie mich interessiert oder ob ich eine Zeitung lese und damit auch Dinge zur Kenntnis nehme, die mir andernfalls verschlossen bleiben und wo ich dann auch die Möglichkeit habe, zwei Stunden später noch mal zu gucken wo ist es denn und wie war das denn und nachzulesen. Und deshalb sage ich Ihnen, die Verlage in Deutschland haben es schwer und manche sagen, die Zeitung auf Papier ist von gestern. Ich sage aber, die Zeitung auf Papier hat einen Mehrwert gegenüber der elektronischen, der reinen elektronischen Kommunikation und wer möchte, dass dieses Land stabil wird, der sollte sich dafür einsetzen, dass wir florierende Verlage und florierende Zeitungen haben und dass unser jungen Menschen mit Zeitungen groß werden.

Und damit, meine sehr verehrten Damen und Herren, komme ich zu einem Punkt, wo ich bitte, nicht missverstanden zu werden, der mir aber sehr am Herzen liegt, das ist nämlich die Qualität politischer Führung. Wir hatten in den 80er, in den 90er Jahren eine Situation, dass die SPD 1 Mio. Mitglieder hatte, CDU/CSU hatte rd. 1 Mio. Mitglieder, etwas weniger, irgendwann dann etwas mehr, weil die SPD an Mitgliedern verloren hat. Heute haben sich die Mitgliederzahlen sowohl bei der SPD, über der FDP und bei der CDU/CSU auch, fast halbiert. Und die Grünen hatten noch nie besonders viele Mitglieder und die Piraten auch nicht.

Und das bedeutet, meine Damen und Herren, nicht, dass Ältere wegsterben, die Leute werden heute Gott sei Dank immer älter und auch immer gesünder und die Älteren kündigen uns selten die Treue auf, aber es führt dazu, dass die Jungen nicht mehr kommen, dass viele Leute sagen, ich lerne für mein Examen, dass andere sagen, Politik interessiert mich nicht und im schlimmsten Fall sagen sie, Politik ist ein schmutziges Geschäft, da möchte ich nichts mit zu tun haben.

Aber die Qualität der Regierung unseres Landes in den Städten, in den Gemeinden, in den Landkreisen, in den Bundesländern, auf Bundesebene und auf europäischer Ebene ist immer nur so gut, wie die Qualität des politischen Personals. Wir haben gesagt, wir wollen nicht, dass Demokratie nach der TED-Methode gemacht wird und dass wir jeden Tag drei Volksabstimmungen haben über Internet, wie wir denn Politik machen sollen, ob die Renten erhöht oder verändert oder reformiert werden, weil wir genau wissen, dass diese plebiszitären Elemente von Demokratie in den aller, allermeisten Ländern, wo sie ausprobiert worden sind, nicht zum Guten beigetragen haben.

Aber wenn wir sagen, wir stehen zu unserem System der repräsentativen Demokratie, wo die Menschen wählen können, wer sie vertreten soll und wenn sie wählen zwischen einem Kanzlerkandidaten Steinbrück und einer Bundeskanzlerin Angela Merkel bei der letzten Wahl oder einem Kanzlerkandidaten Rudolf Scharping und einem Bundeskanzler Helmut Kohl als ich hier im Deutschen Bundestag eingezogen bin, dann wählen sie ja nicht nur zwischen Personen und Vertrauen in diese Person, sie wählen zwischen Politikkonzepten. Und diese Wahl zwischen Politikkonzepten wird nur funktionieren, wenn wir eine Qualität der politischen Führung haben, die der Größe der Probleme dieses Landes angemessen ist.

Und deshalb bekümmert es mich, dass so wenig Menschen den Weg in politische Parteien finden. Und deshalb meine ich, dass wir auch selbstbewusst dafür werben sollten, dass junge Leute in politische Parteien gehen. Ich sage, wenn ich mit Schulklassen diskutiere und ich ihnen erkläre, wie ich in die Politik gekommen bin und sie mich fragen, sollen wir uns denn heute betätigen und in welcher Partei und dann sage ich immer na ja, also am liebsten wäre es mir natürlich, ihr betätigt euch alle in der Jungen Union und in der Schüler Union dann der CDU. Wenn das aber partout nicht geht, dann ist mir notfalls ein Engagement bei der SPD und bei den Grünen und bei der FDP lieber als gar kein Engagement, weil der politische Gegner kann es ruhig vertragen, dass mal ein paar gute Leute zu ihm kommen. Und zum anderen ist es so, dass wir insgesamt Leute brauchen die Politik machen, damit dieses System funktioniert.



Und deshalb: Ich meine, wenn sich jemand im Roten Kreuz engagiert, engagiert er sich für das Allgemeinwohl. Wenn er sich engagiert in einer sozialwohltätigen Vereinigung genauso. Wenn er sich engagiert als Unternehmer und Arbeits- und Ausbildungsplätze schafft, ebenfalls. Aber auch derjenige, der zwei Mal die Woche sich den Abend um die Ohren schlägt, um über Wege der Ausbausatzung zu diskutieren und darüber, ob die Feuerwehr neue Uniformen bekommt oder neuer Radweg angelegt wird, auch der engagiert sich für das Gemeinwohl und wir müssen vielleicht einen Weg finden, wie wir auch dieses Engagement etwas aus seinem schlechten Ansehen, das es ganz zu Unrecht hat, befreien können und den Leuten deutlich machen können, dass sie, wenn sie sich engagieren, sie sich nicht nur für ihr Land engagieren, sondern letzten Endes auch für ihre eigene Zukunft.

Und dann, meine sehr verehrten Damen und Herren, müssen wir uns natürlich auch Gedanken machen über neue Formen von Demokratien. Früher war es so, seit der Französischen Revolution, dass Demokratie darin bestand, dass man alle vier oder fünf Jahre seine Stimme abgeben konnte. Und wenn jemand darüber hinaus Partizipation wollte, dann musste er Mitglied einer politischen Partei werden. Das war aber nicht immer so einfach, weil nämlich die Mitgliedschaft ja noch nicht dazu führt, dass man in der Bundespolitik oder in der Landespolitik mitmischen kann. Das ist ein langer Weg. Die berühmte Ochsentour.

Mir hat ein junger Mann mal gesagt, ich habe mich engagiert in der Politik, weil ich in der Frage der Energiewende ihren Kurs Herr Altmaier unterstützen wollte, als ich noch Umweltminister war, und da war ich in meinem Ortsverband irgendwo im Weser Bergland und dann ist im ersten Jahr eine Mitgliederversammlung gemacht worden und da hat man nur über die Erschließung von Bauland geredet und hinterher waren alle müde und gingen nach Hause und im nächsten Jahr gab es wieder eine Mitgliederversammlung und dann hat man den Vorstand neu gewählt und alle Anwesenden per Akklamation bestätigt, dass ich ein neues Mitglied bin und über Bundespolitik diskutieren möchte hat niemand so richtig zur Kenntnis genommen.

Und das ist etwas, was junge Leute schwierig finden. Und deshalb meine ich, müssen wir ihnen auch die Möglichkeit geben, sich bundesweit zu vernetzen mit den neuen Medien wie Twitter und wie Facebook. Ich sage Ihnen, diese Medien sind weder gut noch böse. Man kann sie missbrauchen und manche missbrauchen sie, gerade auch vom Ausland her und mit sogenannten Bots, das sind automatische Twitterwesen, die so aussehen, als wären sie Menschen, aber in Wirklichkeit von Bot-Fabriken in Russland und anderswo gesteuert werden. Das alles ist nicht gut und das müssen wir bekämpfen. Aber man kann auch viel Gutes machen mit dieser Art der Kommunikation und deshalb müssen wir uns darauf einstellen. Ich persönlich glaube Volkspartei ist möglich.

Und dann haben wir etwas in Deutschland, was wir auch in anderen Ländern in dieser Form nicht haben, das ist nämlich der demokratische Konsens der staatstragenden Partei. Wir haben in Washington diesen Konsens in den letzten 20, 30 Jahren nicht gehabt. Es gab da scharfe Auseinandersetzungen. Am Ende konnte der republikanische Präsidentschaftskandidat trotzdem allen sagen, wie in Washington da oben. Er hat sie alle in einen Topf geworfen.

Wir haben in Frankreich eine solche Verhärtung der politischen Fronten, dass es entweder die Rechte oder die Linke ist, die die Wahlen gewinnt und die machen dann jedes Mal alles das wieder rückgängig, was die anderen getan haben, nur aus Prinzip, damit nur ja niemand sagen könnte, der politische Gegner hätte irgendetwas Gutes geschaffen.

Und wir in Deutschland hatten hier in dem alten Plenarsaal Auseinandersetzungen bis aufs Blut in den 50er Jahren über die Marktwirtschaft und die soziale Marktwirtschaft, über die Westbindung, über die Wiederbewaffnung. Wir hatten auch noch in den 70er und 80er Jahren parlamentarische Manieren, wo Leute stolz waren, wenn sie einen Ordnungsruf bekamen, weil sie irgendjemanden unfair angegangen sind. Das hat sich geändert.

Wir haben in der Euro eine Krise, wir haben in der Ukraine eine Krise. Wir haben bei allen großen europäischen Reformvorhaben heute in Deutschland eine breite parlamentarische Mehrheit, die aus CDU/CSU, aus FDP, aus SPD und auch aus dem allergrößten Teil der Grünen besteht. Wo Regierung und Opposition gleichermaßen zusammenstehen und unsere Bürgerinnen und Bürger sehen das nicht als ein Gekungel von oben, sondern die allgroße Mehrheit der Deutschen sagt, wir sind nicht überzeugt, dass der Euro mit Griechenland die richtige Sache ist. Wenn aber der Bundestag quer über alle Parteien hinweg sich dahinter stellt, dann muss es wohl schwergewichtige Argumente geben, die dafür sprechen. Ich plädiere dafür, dass wir diesen Konsens der Demokraten auch in Zukunft intakt halten. Er hat in Weimar gefehlt, er hat in vielen anderen Ländern gefehlt, wir haben ihn Deutschland.

Ja und der letzte Punkt ist, meine sehr verehrten Damen und Herren, Gleichgültigkeit, Populismus, Extremismus. Gegen die Gleichgültigkeit kann man leicht etwas tun. Gerade in der heutigen Zeit interessieren sich so viel Menschen für Politik wie noch nie zuvor. Wir müssen ihnen nur die Möglichkeit bieten, darüber auch zu diskutieren und mit Politikern sich zu messen und ihre Fragen zu stellen.

Und dann allerdings der Populismus. Der Populismus ist das Gefährlichste überhaupt und der geht nicht von den Bürgern aus, sondern der geht von uns Politikern aus. Wenn wir nämlich den Bürgern etwas versprechen von dem wir genau wissen, dass wir es nicht einhalten. Und das war etwas, wo man lange auch der Bundeskanzlerin den Vorwurf gemacht hat, sie sei in ihrer Politik vielleicht etwas zu kühl und nicht emotional genug und sie würde immer nur so sachlich reden. Aber ich habe oft genug erlebt, wo sie gesagt hat, wenn wir das jetzt sagen, können wir das denn tatsächlich auch umsetzen? Können wir das einlösen und was werden die Leute sagen, wenn es nicht eingelöst wird?

Es gab eine Partei, mit der wir lange koalitiert haben und vielleicht auch wieder koalieren werden, unser damaliger Koalitionspartner von der FDP. Der hat mitten in der Wirtschaftskrise, in der Weltwirtschaftskrise mit -5% Minuswachstum gesagt, wir versprechen Steuersenkungen von 30 Mrd., ohne zu sagen, wie es gegenfinanziert ist. Die Steuersenkung war nicht darstellbar und die Partei hat einen hohen Preis dafür bezahlt. Und ich sage Ihnen, wir müssen als Demokraten auch die Zurückhaltung üben, die notwendig ist, um die Menschen nicht aufs Glatteis zu führen und sie zu verführen, um am Ende dann alle Erwartungen zu enttäuschen.

Die große Koalition hat in den ersten drei Jahren ihrer Existenz eine Zustimmungquote von über 70% der Wählerinnen und Wähler gehabt in einer Umfrage. Und wir hatten in der Bundestagswahl 2013 41,6% der Stimmen. Das beste Wahlergebnis, was eine Partei seit 20 Jahren in Deutschland erreicht hat. Und wir haben dieses Ergebnis von 41,6% in den Umfragen über zwei Jahre, fast drei Jahre lang gehalten. Und auch die SPD hat ihr Wahlergebnis von 26% gehalten und verteidigt.

Und wir haben in der Flüchtlingssituation dann selbstverständlich viele Fragen gehabt und viele Fragezeichen gehabt und die Menschen haben sich Sorgen gemacht. Und ich würde niemals jemanden kritisieren, weil er sich Sorgen macht. Meine 87jährige Mutter hat sich auch Sorgen gemacht, wenn sie abends vor dem Fernseher die unendlich, nicht enden wollenden Menschenschlangen gesehen hat. Das ist das Natürlichste von der Welt und wir Deutschen neigen dazu, uns Sorgen zu machen und vielleicht geht es uns auch deshalb so gut, weil wir immer auch die Gefährdung und die Risiken mitbedenken, selbst wenn die Lage insgesamt gut ist.

Aber: Wenn ich mir nur eine Partei anschau, die auch populistisch ist, die neu entstanden ist, die mit Ergebnissen mit 10%, 15% in die Landtage eingezogen ist, Sie wissen alle, welche Partei ich meine, und dann sage ich, diese Partei ist leider Gottes nicht nur populistisch. Diese Partei spricht über diese Fragen der Flüchtlings- und der Ausländerintegrationspolitik nicht, um den Menschen ihre Sorgen zu nehmen, sondern sie missbraucht die Sorgen der Menschen für ihre parteipolitischen Zwecke und das finde ich zutiefst unanständig und das dürfen wir dieser Partei nicht durchgehen lassen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Und wir dürfen es dieser Partei schon deshalb nicht durchgehen lassen, weil das schon längst nicht mehr die Lebenswirklichkeit in unserem Land abbildet. Wir haben in Deutschland in den 50er Jahren viele hunderttausend Menschen gehabt, die aus Italien zu uns gekommen sind. Deren Kinder und Enkelkinder sind immer noch an ihrem italienischen Namen zu erkennen, aber sie sind Deutsche. Sie denken deutsch, sie reden deutsch. Sie sind ein völlig selbstverständlicher Teil unserer Kultur und unseres Gemeinwesens. Wir haben in den 70er Jahren, 60er, 70er Jahren viele Gastarbeiter aus dem ehemaligen Jugoslawien und aus der Türkei aufgenommen. Nicht alle von ihnen sind bereits integriert, weil wir viele Jahre lang keine Integrationspolitik gemacht haben. Aber es sind mehr Menschen integriert und selbstverständliche Deutsche als wir uns das vorstellen können.

Viele denken, Deutschsein ist eine Frage der Hardware. Wo bin ich geboren und was sind meine Vorfahren, wo kommen sie her? Und da muss ich Ihnen sagen, in dem Teil Deutschlands, wo ich wohne, da gibt es wahrscheinlich gar keine Hardware in dem Sinn. Wir waren alle Kelten und Gallier und irgendwann kamen die Hunnen durch auf ihrem Zug nach Frankreich und es kamen viele dort vorbei und trotzdem sind wir Deutsche und - wie ich meine - nicht die schlechtesten. Und all das, was wir erreicht haben an Integration, das setzen wir aufs Spiel, wenn wir solchen extremen Parteien, die mit dem Extremismus liebäugeln, wenn wir denen das durchgehen lassen.

Ich war im Februar eingeladen im Karneval in Köln von der Handwerkskammer, von Herrn Wollseifer zum Fest in Gold. Dort machen jedes Jahr die Auszubildenden im Goldschmiedehandwerk individuelle Karnevalsorden für Politiker und andere Persönlichkeit der Stadt und des Landes, großartige Werke, die wir übrigens nicht behalten dürfen, sondern gleich wieder Spenden müssen für das Museum der Handwerkerschaft, damit sie ausgestellt werden können, dann haben wir auch kein Compliance-Problem. Jedenfalls war das ein tolles Erlebnis, weil nämlich von den 15, von den 15 Auszubildenden diese Orden, das waren die schönsten Orden, die gemacht worden sind, überreicht haben, hatten in der Stadt Köln ungefähr acht oder neun einen Migrationshintergrund. Und die kamen nicht nur aus der Türkei, die kamen zum Teil aus Afrika, die einen hatten einen deutschen Elternteil, die anderen gar keinen, aber sie sind alle hier aufgewachsen. Das sind alles Kölner Kinder. Die sprechen Kölsch und die haben die Mentalität der Stadt Köln und des Rheinlandes und dieser Republik. Wenn wir denen allen sagen, ihr gehört nicht dazu, ihr habt euch umsonst angestrengt, dann werden wir für den

inneren Zusammenhalt dieses Landes einen Bärenienst leisten. Und deshalb, ich sage Ihnen, wir müssen und den Populismus, vor allen Dingen aber dem Extremismus widersetzen.

Und wer glaubt, man könne die Globalisierung zurückdrehen, der täuscht sich. Die Globalisierung ist ein Prozess, der nicht von der Politik entschieden worden ist, sondern davon, dass die Menschen mehr Güter zu günstigeren Preisen haben wollten, dass sie wollten, dass alles billiger wird, dass man sich mehr leisten kann. Weil sie in fremde Länder fahren wollten, um Urlaub zu machen. Weil sie erreichen wollte, dass besonders gute Produkte auch aus anderen Regionen hier verfügbar sind und davon profitiert Deutschland. Wir sind eine Exportnation. Wenn jedes Land wieder zum Protektionismus und zu Zöllen zurückkehrt, dann leiden wir am allermeisten, und zwar nicht nur durch weniger Wirtschaftswachstum, sondern auch durch weniger Lebensfreude und Lebensqualität.

Kurt Tucholsky wird ein Gedicht zugeschrieben, ob er es wirklich verfasst hat ist unklar, wo er sagt: „Deutsche kauft deutsche Zitronen“. Als Reaktion darauf, dass man in Großbritannien sagte, „by british“ und in der Nazizeit dann sagte „kauft deutsch“ und jetzt sagen die einen „America first“ und „Österreich zuerst“. Wenn alle das in dieser Art und Weise sagen, werden am Ende alle nicht vorne, sondern ganz hinten stehen und alle werden gemeinsam einen hohen Preis dafür bezahlen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe Ihnen einige Gedanken vorgetragen und ich sage zum Schluss: Ich persönlich bin überzeugt, dass unsere Demokratie dank derer, die sie gebaut haben über sieben Jahrzehnte, in einem besseren Zustand ist als viele uns zutrauen und dass wir die Chance haben, diese Demokratie auch zum Vorbild für viele andere zu machen, die in ihren Ländern für Demokratie kämpfen. Wir müssen es nur wollen. Wir müssen dafür arbeiten. Dann werden wir das, was wir gemeinsam geschaffen haben, für die Zukunft ausbauen und bewahren können. Vielen herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.